

Triage - das ist der Konflikt, der bei einer unerwartet hohen Anzahl an Patienten und begrenzten Ressourcen entsteht. Der Zwang zur Triage als Abwägung zwischen Menschenleben ist einer der guten Gründe, einen Kollaps des Gesundheitssystems möglichst zu verhindern. Ich stehe heute hier stellvertretend für die Klimagerechtigkeitsbewegung, mit dem Ziel, über die verfehlte deutsche Politik in der Coronakrise zu sprechen. Das entspricht auch einer Triage. Ich wage heute eine Abwägung zwischen der politischen Relevanz zweier sozialer Verwerfungen. Beide Patienten fordern hinsichtlich der Gefährdungslage ein schnelles und zielgerichtetes Handeln. Ich denke, es gäbe da ein paar effektive Heilmittel für beide Patienten – Stichwort „LOCKDOWN CAPITALISM“! In diesem Sinne vielen Dank für die Einladung.

Zwei Aussagen aus der Welt der Corona-Politik machen mich zunehmend sauer: da ist einmal die drehleierartig wiederholte Aufforderung zum „solidarischen Handeln“, zum „Zusammenhalt“, zum „Schutz der Schwächeren“. Die andere ist die zum buchstäblichen Totschlagargument mutierte Warnung, es gehe „um Leben und Tod“. Beide dieser Aussagen sind selbstverständlich angemessen und wichtig, mehr noch: sie zu wiederholen ist angesichts der zu beklagenden Todesopfer und der unwürdigen Situation in den Krankenhäusern und Altenheimen die Verantwortung und Pflicht der Regierungen. Diese Pflicht geht allerdings noch einen großen Schritt weiter: ihr Handeln muss sich auf die eigenen Ansprüche prüfen lassen können. Ja, man kann gesellschaftliche Solidarität auch abseits von Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren in die Wege leiten,. Dabei stehenzubleiben, ist billig und unglaublich!

Doch im Brennglas der Pandemie ist vor allem eines wieder sehr deutlich geworden: die Mechanismen unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Wenn in Deutschland die Zahl der Millionäre seit Beginn der Krise Stand Juli 2020 bereits um sagenhafte 58 000 angestiegen ist und gleichzeitig 15,5 Millionen Menschen in Deutschland von finanziellen Einbußen, Kurzarbeit oder gar Arbeitslosigkeit betroffen sind, dann beweist das einmal mehr, dass unser Wirtschaftssystem gnadenlos, ausbeuterisch und

in höchstem Maße unsolidarisch ist und nur einen ganz bestimmten, sehr kleinen Teil der Bevölkerung bereichert! Während diese wenigen Menschen sich – meist ungehindert von der Politik – an der gesellschaftlichen Krise eine goldene Nase verdienen, bewahren Krankenpfleger\*innen für ein viel zu geringes Einkommen unter Einsatz ihrer letzten Kräfte und ihres Lebens nun bald ein ganzes Jahr ein unterbesetztes und marodes Gesundheitssystem vor dem Kollaps und retten damit abseits von politischen Floskeln ganz real Menschenleben. Ihr Lohn dafür ist ein kleines staatliches Urlaubsgeld, der solidarische Applaus der Bevölkerung und neuerdings, wenn es nach Markus Söders Fantasien geht, eine Impfpflicht! Dieser krasse Kontrast der Lebenswelten von Arm und Reich verschärft sich schon seit vielen Jahren und bietet besten Nährboden für Populismus, unkontrollierten Hass und eine rassistische, demokratiefeindliche Partei in den Parlamenten. Er ist das Ergebnis von politischen Entscheidungen, ist Ergebnis einer Politik für die Wenigen, einer Politik für die Wirtschaftsbosse. Diese Politik ist tatsächlich im Begriff, einfach so weiterzumachen und den sozialen Frieden des Landes während der Corona-Krise endgültig aufs Spiel zu setzen! Ich hätte da allerdings eine bessere Idee – Angela Merkel selbst hat mich drauf gebracht. Wie wäre es mit einer einmaligen Vermögensabgabe, etwa des reichsten Prozents, das in Deutschland ca. 35% des Gesamtvermögens besitzt, und das seit jeher nur, und wirklich nur von der Gesellschaft profitiert hat? Ich habe dafür ein historisches Beispiel: mit dem sogenannten Gesetz über den Lastenausgleich von 1952 finanzierte Deutschland nach dem Krieg ein riesiges Projekt zur Entschädigung der am schwersten vom Krieg belasteten Menschen. Zu diesem Zweck wurden wenige Reiche ihres Vermögens um 50% erleichtert und das dann anteilig an die große Zahl verarmter Menschen ausgezahlt. Frau Merkel, wenn sie von der „vielleicht größten gesellschaftlichen Herausforderung seit 1945“ sprechen (ich würde ihr mit Blick auf die Klimakrise übrigens widersprechen), dann handeln Sie bitte auch entsprechend! Beschließen Sie ein Gesetz, dass von der Corona-Krise schwer getroffene Menschen entschädigt: zuerst das überarbeitete Krankenhaus- und Pflegepersonal, dann zum Beispiel insolvente Gastronom\*innen, Cafe- und Clubbetreiber, Arbeitslos gewordene

Menschen, vom Lockdown und der Gefahrenlage psychisch oder anderweitig gesundheitlich beeinträchtigte Menschen usw. DAS wäre ein glaubwürdiger Akt des solidarischen Miteinanders, würde die unstillbare Umverteilungsmaschine Kapitalismus angesichts der Krisenlage endlich in ihre Schranken weisen und könnte gleichzeitig den Weg in eine nachhaltigere Gesellschaft ebnen. Ein anderer Ansatz der Umverteilung wäre zum Beispiel die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Es müssen auf jeden Fall jetzt Schritte unternommen werden, um dem längst realen wirtschaftlichen Ruin vieler Menschen entgegenzuwirken.

Die unangenehmen Nebenwirkungen des kapitalistischen Marktes können auf globaler Ebene noch deutlicher beobachtet und benannt werden. Auf der ersten virtuellen Gesundheitsversammlung der WHO im Mai waren sich noch alle Staaten einig: der bald zur Verfügung stehende Corona-Impfstoff müsse ein „globales öffentliches Gut“ sein. Heute nehmen die meisten Regierungen der Industriestaaten diese leider nicht bindende Resolution nicht mehr ganz so genau: die Hilfsorganisation Oxfam hat berichtet, dass sich ebendiese, obwohl sie zusammengefasst nur etwa 13% der Weltbevölkerung ausmachen, mehr als die Hälfte des bisher weltweit verfügbaren Impfstoffes zugesichert hat. Yes! Auch Deutschland wird hier zum peinlichen Vorbild für egoistische und arrogante Politik. Während ärmere Staaten sich aus finanziellen Gründen bei der Bekämpfung der Pandemie ganz hinten anstellen müssen, werden im deutschen Bundestag politische Machtkämpfe darüber ausgetragen, warum Jens Spahn nicht etwa noch mehr und noch schneller Impfdosen für Deutschland bestellt habe. Als ob das nicht genug wäre, berichten Hilfsorganisationen als Folge von Pandemie und westlicher Lockdown-Politik von einem katastrophalen Hungerjahr. Indien befürchtet sogar eine höhere Zahl von Hungertoten als Coronatoten und UNICEF geht davon aus, dass die Zahl der schwer hungernden Menschen, darunter unzählige Kinder, im Jahr 2020 von 690 Millionen auf bis zu 820 Millionen gestiegen sein könnte. Wer ein paar Schritte zurückgeht und sich die Pandemie inklusive der Zahl ihrer Todesopfer in einen globalen Kontext setzt, muss anerkennen, dass ihre konzentrierte Bekämpfung, wie sie hier in Deutschland stattfindet, ein Privileg ist, ein Privileg, dass man sich eben leisten

können muss und das nicht ohne Nebenwirkungen vor sich geht – drastischen Nebenwirkungen. Solidaritätsbekundungen mit schwächeren Staaten sind schnell gemacht – und schnell wieder vergessen.

Damit komme ich zum dritten Punkt. Unsere imperiale Lebensweise, also vereinfacht gesagt die Tatsache, dass der Wohlstand des sogenannten Westens sich auf die Armut und Ausbeutung der übrigen Welt gründet, hat für uns den großen Vorzug, dass sie Negativeffekte und unerwünschten Schaden ebenfalls in Regionen der Erde verlagert, die wir höchstens auf unserer obligatorischen Weltreise zu Gesicht bekommen. Ich spreche hier von Verarmung, von Kriegen, Hungersnöten oder Naturkatastrophen. Mit Solidarität hat dies freilich auch wenig zu tun, und es kostet viele (gottseidank weit entfernte) Menschenleben. Die Klimakrise, die hauptsächlich benannter globaler Westen aufgrund horrender Ressourcenverschwendung zu verantworten hat, ist längst Realität: auch das Jahr 2020 hat alle Rekorde gebrochen und war wieder einmal das Wärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Es mag einige Menschen verwundern, doch offensichtlich nimmt der Klimawandel keine Rücksicht auf globale Pandemien. Im Gegenteil: die Wahrscheinlichkeit der pandemischen Verbreitung von Erregern wächst mit der menschlichen Umweltzerstörung an.

Interessant ist: was ich als Vorzug der imperialen Lebensweise beschrieben habe, ist heute im Begriff, unser aller Verhängnis zu werden: denn wo sich in der Coronakrise mein Handeln direkt auf das Leben meines engen Umkreises auswirkt, sind die Auswirkungen von Umweltbelastung und -zerstörung bisher nur in den seltensten Fällen sichtbar und greifbar geworden. Das führt zu dem bequemen Schluss: was ich nicht sehe, ist nicht existent! Übrigens leider falsch. Wie aus der Corona-Krise dafür ein neues Bewusstsein entstehen könnte, beschreibt Hans Joachim Schellnhuber, einer der angesehensten deutschen Klimaforscher, so: „Wer achtlos das Virus weitergibt, gefährdet das Leben meiner Großeltern. Wer achtlos CO<sub>2</sub> freisetzt, gefährdet das Leben meiner Enkel.“ Unsere Solidarität muss gegenseitig sein – denn wir, die junge Generation, sind ebenfalls eine vulnerable Gruppe. Wir haben euch bewiesen, dass wir zur Solidarität fähig sind: jetzt seid ihr, die älteren Generationen an der Reihe! Diese Bringschuld besteht nicht erst in der Zukunft, sondern heute, hier

und jetzt, zwischen uns als Gewinner\*innen der Industrialisierung gegenüber ihren Verlier\*innen. An diese Bringschuld will ich die Politik erinnern, wenn sie von Solidarität und Menschenleben spricht. Wie könnt ihr es wagen, den Weltklimagipfel COP26 schlicht um ein ganzes Jahr zu verschieben! - abgesehen davon, dass auf diesen Partys selten etwas von dem, was beschlossen wurde, auch tatsächlich umgesetzt worden ist...

Solidarität als Prinzip verlangt Handeln von den Akteur\*innen, die Ressourcen und Handlungsspielräume haben – das sind wir, und die Zeit zu Handeln ist jetzt! Ja, es geht um Leben und Tod! Apropos: die Bringschuld gegenüber den Opfern der imperialen Lebensweise beinhaltet ebenfalls die Aufnahme von Geflüchteten. Was ist mit den vielen Tausenden Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg, Hunger und Verfolgung verlassen haben, und die derzeit an den europäischen Außengrenzen leiden und sterben müssen? Einmal mehr wird klar: deutsche Solidarität und die Sorge um Menschenleben machen schon an der Landesgrenze, spätestens an der EU-Außengrenze halt. Ein nicht ganz unwichtiger Aspekt wird dabei übersehen: wir befinden uns in einer globalen Pandemie, agieren in einem globalen Wirtschaftssystem, stehen globalen Problemen gegenüber, die in einer vielfältig vernetzten Welt niemals auf nationaler Ebene zu bewältigen sein werden! Oder wie wollt ihr das anstellen? Wann begreifen wir endlich, dass wir auf globale Probleme globale Antworten brauchen? Nach diesen Antworten zu suchen: genau jetzt ist dafür der richtige Zeitpunkt! Die gegenwärtige Lage schreit geradezu danach. Politik, Gesellschaft und jeder einzelne Mensch seien dazu aufgerufen, diese Chance auf einen notwendigen Perspektivwechsel nicht verstreichen zu lassen! Wir haben heute die Chance auf eine Revolution; eine Revolution unseres Bewusstseins. Sie kann zur Wegbereiterin werden für ein globales solidarisches Miteinander, in dem wir uns als Erdlinge unter Erdlingen begegnen; Wegbereiterin für einen bewussten und achtsamen Umgang mit unserer Heimat Erde, deren Gesetzen und Grenzen wir zwar unterworfen sind, auf der wir jedoch alle ohne materielle Nöte und in Harmonie miteinander leben könnten. Vielleicht ist es nur das, was uns das Corona-Virus mitteilen möchte: dass wir eben doch alle aufeinander angewiesen sind.

## Quellen:

<https://www.freitag.de/autoren/cbaron/neid-ja-bitte>

<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Zahl-der-Millionaere-in-Deutschland-gestiegen-article22117573.html>

<https://www.boniversum.de/studien/verbraucherumfragen/entwicklung-der-wirtschaftlichen-lage-von-verbrauchern-in-deutschland/>

[https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-07/vermoegensverteilung-deutschland-diw-studie-ungleichheit?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.youtube.com%2F](https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-07/vermoegensverteilung-deutschland-diw-studie-ungleichheit?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.youtube.com%2F)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz>

<https://www.firstlife.de/was-bedeutet-eigentlich-solidaritaet-in-zeiten-von-corona/>

<https://www.br.de/nachrichten/kultur/eingefordert-hinterfragt-abgeschafft-solidaritaet-und-corona,SCd3kQi>

<https://www.medicusmundi.ch/de/advocacy/publikationen/news/2020/05/25/weltgesundheitsversammlungung-fordert-impfstoff-als-globales-oeffentliches-gut>

<https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2020/un-report-nahrungssicherheit-hunger/221914>

<https://praktiken-solidaritaet.de/corona-klima-und-solidaritaet-wie-haengt-das-zusammen/>

<https://www.klimareporter.de/gesellschaft/wir-brauchen-einen-klima-corona-vertrag>

<https://www.klimareporter.de/klimapolitik/wie-corona-den-klimaschutz-laehmt>